



Geschäftsbericht 2018

Das Wichtigste auf einen Blick

	2017	2018	Differenz	
			absolut	in %
Versichertenbestand per 31.12.				
Anwärter	36.928	39.287	2.359	6,4
Rentner	2.277	2.325	48	2,1
Kennzahlen zum Kapitalanlageergebnis in %				
Bruttoverzinsung	3,28	3,03	-0,25	-7,6
Nettoverzinsung	3,15	2,90	-0,25	-7,9
Bilanzkennzahlen per 31.12. in T€				
Bilanzsumme	111.264	118.099	6.835	6,1
- davon Kapitalanlagen	101.358	111.564	10.206	10,1
- davon Eigenkapital	3.765	4.051	286	7,6
Ertragskennzahlen in T€				
Verdiente Beiträge	4.669	4.901	232	5,0
Ergebnis aus Kapitalanlagen	3.119	3.089	-30	-1,0
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.063	2.148	85	4,1
Zuführung zur Deckungsrückstellung	4.606	5.082	476	10,3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag in T€	747	287	-460	-61,6

Inhalt

1. Lagebericht	3
1.1 Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse	3
1.2 Wirtschaftsbericht	4
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
- Geschäftsverlauf	4
- Beitrag	5
- Entwicklung des Bestandes	6
- Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	6
- Struktur des Bestandes	7
1.3 Lage der Zusatzversorgungskasse	8
- Ertragslage	8
- Vermögens- und Finanzlage	10
1.4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht	11
2. Jahresbilanz	14
3. Gewinn- und Verlustrechnung	16
4. Anhang	19
5. Erklärung des Vorstandes	35
6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	37
7. Bericht des Aufsichtsrates	40
8. Organe	41



Teupe & Söhne Gerüstbau GmbH: Elbphilharmonie, Hamburg

1. Lagebericht

1.1 Grundlagen zur Zusatzversorgungskasse

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist eine von den Tarifvertragsparteien des Gerüstbauer-Handwerks geschaffene gemeinsame Einrichtung:

Bundesverband Gerüstbau e.V.
Rösrather Straße 645
51107 Köln



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main



Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ist ein kleinerer Versicherungsverein im Sinne des § 210 VAG und wurde am 12. Mai 1981 gegründet. Am 26. November 1981 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bonn, der Gesellschaft die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt. Der Geschäftssitz befindet sich in 65189 Wiesbaden, Mainzer Straße 98-102.

Sie ist eine überbetriebliche Pensionskasse und gewährt Arbeitnehmern des Gerüstbauer-Handwerks nach Eintritt des Versicherungsfalles Beihilfen zu den gesetzlichen Renten sowie einmalige Hinterbliebenenbeihilfen.

Der Geschäftsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte nach § 177 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) hat die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG nicht betrieben. Rückversicherung ist weder genommen noch gegeben worden.

1.2 Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2018 nunmehr das neunte Jahr in Folge gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,5 %. Damit hat das Wachstum gegenüber den Vorjahren etwas an Schwung verloren.

Zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes trugen fast alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme des Agrarsektors bei. Während das produzierende Gewerbe jedoch nur um 1,0 % gewachsen ist, lag das Baugewerbe mit einem Zuwachs von 3,6 % deutlich darüber.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,3 % auf 44,8 Millionen. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Altersbedingte demographische Effekte konnten wie in den Vorjahren durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland ausgeglichen werden.

Geschäftsverlauf

Das Gerüstbauer-Handwerk hat sich auch im Jahr 2018 positiv entwickelt. Im Jahresdurchschnitt waren bei Gerüstbaubetrieben mit Sitz im Inland 25.769 gewerbliche Arbeitnehmer beschäftigt. Das ist ein Zuwachs von 5,5 % zum Vorjahr. Die durchschnittliche Anzahl der kaufmännischen und technischen Angestellten stieg um 7,0 % auf 5.824.

Die Beschäftigungsentwicklung war damit besser als im Vorjahr prognostiziert. Die Auftragslage im Gerüstbau ist insgesamt als sehr positiv zu beurteilen.

Die gute Auftragslage im Gerüstbaugewerbe wirkt sich positiv auf die Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse im Jahr 2018 aus. Vor der Zuführung zur Rückstellung für den Beitragsausgleich stiegen diese gegenüber dem Vorjahr um 9,0 % und damit höher als vom Vorstand erwartet.

Die Kapitalanlage bleibt aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase schwierig. Um eine angemessene Rendite auf das verfügbare Kapital zu erzielen, muss die Kapitalanlage zunehmend auf andere Anlageklassen erweitert werden. Auch die kurzfristige Liquiditätssteuerung stellt eine zunehmend größere Herausforderung dar, da Banken aufgrund der negativen Einlagenzinsen der Europäischen Zentralbank von ihren Kunden Guthabengebühren für Sichteinlagen verlangen. Tages- und Termingelder weisen im kurzen und mittleren Laufzeitenbereich in der Regel eine Null- oder Negativverzinsung auf.

Dieser Entwicklung begegnet die Zusatzversorgungskasse mit einer zunehmenden Diversifikation der Kapitalanlagen. Bei der Auswahl der Anlagen sind eine breite Streuung, regelmäßige Ausschüttungen, eine niedrige Volatilität sowie eine geringe Kostenbelastung wesentliche Entscheidungskriterien.

Zusätzlich zu dem insgesamt niedrigen Renditeniveau waren die Finanzmärkte im Kalenderjahr 2018 stark durch politische Entwicklungen beeinflusst. Exemplarisch sind hierbei der sogenannte Brexit (geplanter Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union), der Handelskonflikt der USA mit China und Europa sowie die Haushaltspolitik Italiens zu nennen. Die dadurch entstehende Unsicherheit hat zu starken Volatilitäten im Jahr 2018 geführt. Das Jahr endete schließlich mit deutlich gesunkenen Aktienkursen.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen betrachtet der Vorstand das Ergebnis aus den Kapitalanlagen als zufriedenstellend. Entgegen der Prognose des Vorstands sind die Kapitalanlageerträge trotz des höheren Anlagevolumens um 24 T€ auf 3.224 T€ gesunken. Nach Abzug der darauf anzurechnenden Verwaltungsaufwendungen konnte eine Nettoverzinsung aller Kapitalanlagen in Höhe von 2,90 % (Vorjahr 3,15 %) erzielt werden.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind gegenüber dem Vorjahr um 85 T€ bzw. 4,1 % auf 2.148 T€ und damit erwartungsgemäß leicht gestiegen. Darin enthalten sind 13 T€ Abfindungsleistungen für Kleinstrenten.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 180 T€ (Vorjahr 177 T€) nahezu unverändert.

Die gute Beschäftigungsentwicklung im Gerüstbauer-Handwerk hat auch die Zahl der Anwärter mit Anspruch auf eine Leistung der Zusatzversorgungskasse deutlich erhöht.

Die Zuführung zur Deckungsrückstellung hat sich daher mit 5.082 T€ deutlich erhöht (Vorjahr 4.606 T€). Diese enthält 4.332 T€ für die Regelzuführung und einen Betrag in Höhe von 750 T€, der pauschal für zukünftige Senkungen des Rechnungszinses verwendet wird.

Mit dieser pauschalen Reservierung geht die Zusatzversorgungskasse anders vor als in den Vorjahren. In diesen wurden überrechnungsmäßige Erträge jeweils genutzt, um den Rechnungszins über eine Veränderung des Technischen Geschäftsplanes unmittelbar zu reduzieren, auch wenn im Einzelnen nur kleine Rechnungszinsabsenkungen möglich waren. Im Geschäftsjahr 2017 wurde der Rechnungszins beispielsweise von 2,88 % auf 2,85 % gesenkt, dafür wurden 1,1 Mio. € aufgewendet. Zukünftig sollen Mittel zunächst angespart werden und der Rechnungszins erst dann gesenkt werden, wenn eine signifikante Rechnungszinssenkung möglich ist. Das Ziel, den Rechnungszins zu senken, um auf die anhaltende Niedrigzinsphase zu reagieren, wird damit weiterhin verfolgt. Damit wird die Sicherheit der langfristigen Erfüllung der Leistungsversprechen erhöht.

Der Jahresüberschuss reduzierte sich wegen der höheren Zuführung zur Deckungsrückstellung und der zusätzlichen pauschalen Reservierung in Höhe von 750 T€ auf 287 T€ und blieb damit unter den Erwartungen. Er wurde wie geplant der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt.

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich vier Angestellte beschäftigt.

Beitrag

Die Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen. Die Beitragseinnahmen der Zusatzversorgungskasse ergeben sich aus 0,8 % der Bruttolohnsumme der gewerblichen Arbeitnehmer sowie aus 11,00 € monatlich für jeden kaufmänni-

schen oder technischen Angestellten.

Teile der Beitragseinnahmen sind satzungsgemäß der Rückstellung für den Beitragsausgleich zuzuführen. Dort wird die Differenz zwischen dem von den Betrieben nach dem Verfahrenstarifvertrag erhobenen Beitrag und dem versicherungstechnischen Beitrag eingestellt bzw. entnommen. Durch die positive Beschäftigungsentwicklung wurde der Rückstellung saldiert ein Betrag in Höhe von 1.282 T€ zugeführt (Vorjahr 1.003 T€).

Nach dieser Zuführung verblieb der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene verdiente Beitrag in Höhe von 4.901 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 5,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Entwicklung des Bestandes

Der Bestand der Beihilfeberechtigten der Zusatzversorgungskasse ist von 2.277 im Vorjahr auf 2.325 zum 31. Dezember 2018 gestiegen. Der Unterschied von 48 Beihilfeberechtigten ergibt sich aus Zugängen von 152 (Vorjahr 129) und von Abgängen aufgrund von Todesfällen von 104 (Vorjahr 94).

Von allen Beihilfeberechtigten waren 1.986 Männer und 339 Frauen.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden 16 Beihilfeberechtigte mit Anspruch auf eine monatliche Rentenbeihilfe von 9,20 € oder weniger durch Zahlung eines Einmalbetrages abgefunden. Die durchschnittliche Abfindung betrug 797 €. Im Bestand der Beihilfeberechtigten sind die abgefundenen Rentner nicht enthalten.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2018

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	33.761	3.167	1.962	315	1.751.361
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	5.932	533	124	28	112.068
2. Sonstiger Zugang ¹	0	0	0	0	0
3. Gesamter Zugang	5.932	533	124	28	112.068
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	0	0	100	4	85.651
2. Beginn der Altersrente	0	0	0	0	0
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	0	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	3.742	364	0	0	0
7. Sonstiger Abgang	0	0	0	0	0
8. Gesamter Abgang	3.742	364	100	4	85.651
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	35.951	3.336	1.986	339	1.777.779
1. Beitragsfreie Anwartschaften	0	0	0	0	0
2. In Rückdeckung gegeben	0	0	0	0	0

¹ z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

² Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt

Struktur des Bestandes

Zum 31. Dezember 2018 ergaben sich folgende Beihilfehöhen:

Leistungsempfänger der Zusatzversorgung

	Monatlicher Betrag der Beihilfen in €	2017 Summe	2018 Summe	Davon gewerbliche Arbeitnehmer	Angestellte
Vollbeihilfe	86,92	367	375	218	157
	77,72	654	648	475	173
	69,02	650	669	483	186
	56,24	233	241	168	73
Summe Vollbeihilfe		1.904	1.933	1.344	589
Teilbeihilfe	70,05	7	6	1	5
	62,38	5	5	1	4
	39,37	8	8	0	8
	34,77	24	26	1	25
	13,80	93	107	56	51
	9,20	201	201	129	72
	< 9,20	35	39	17	22
Summe Teilbeihilfe		373	392	205	187
Anzahl Gesamt		2.277	2.325	1.549	776

Eine Beihilfe wird zu einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder der gesetzlichen Unfallversicherung gewährt, sofern eine Erwerbsminderung von mindestens 50 % eintritt. Nach diesen Rentenarten ergibt sich folgende Verteilung:

Verteilung nach Rentenart

	31.12.2017		31.12.2018	
	Personen	in %	Personen	in %
Altersruhegeld	1.581	69,4	1.638	70,5
Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit	671	29,5	663	28,5
Unfall	25	1,1	24	1,0
Summe	2.277	100,0	2.325	100,0

1.3 Lage der Zusatzversorgungskasse

Ertragslage

Die Ertragslage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt dar:

	2017 in €	2018 in €	Veränderung in € in %	
Verdiente Beiträge	4.668.927,83	4.900.957,33	232.029,50	5,0
Ergebnis aus Kapitalanlagen	3.119.134,87	3.089.287,75	-29.847,12	-1,0
Sonstige Erträge	50.439,67	5.798,19	-44.641,48	-88,5
Zwischenergebnis I	7.838.502,37	7.996.043,27	157.540,90	2,0
Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Rückstellungen	4.605.670,00	5.081.625,00	475.955,00	10,3
Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.062.717,85	2.148.250,79	85.532,94	4,1
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb	176.581,80	179.987,99	3.406,19	1,9
Sonstige Aufwendungen	246.863,11	299.515,20	52.652,09	21,3
Zwischenergebnis II	7.091.832,76	7.709.378,98	617.546,22	8,7
Jahresüberschuss	746.669,61	286.664,29	-460.005,32	-61,6
Entnahme aus der Verlustrücklage gem. § 193 VAG	0,00	0,00	0,00	
Einstellung in die Verlustrücklage gem. § 193 VAG	746.669,61	286.664,29	-460.005,32	-61,6
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	

Die Beiträge sind insgesamt um 232 T€ bzw. 5,0 % auf 4.901 T€ angestiegen.

Das Ergebnis aus der Kapitalanlage wurde auch im Jahr 2018 durch die Lage an den Kapitalmärkten belastet. Im Bereich der mittel- und langfristigen Kapitalanlage wird es zunehmend schwieriger, Anlagen in Wertpapiere vorzunehmen, die neben einer attraktiven Verzinsung auch das nach internen Kriterien geforderte Maß an Sicherheit bieten.

Bei den Kapitalanlagen wurde daher weiter diversifiziert. Im Jahr 2018 investierte die Zusatzversorgungskasse in Investmentfonds auf Basis von Aktienindizes und in Fonds, die mit breiter Streuung in verschiedene Anlagearten (z.B. festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Geldmarkt) investieren. Darüber hinaus gab es die ersten Abrufe von Kapital für die gezeichneten Infrastruktur- und die Immobilienfonds.

Das Volumen der Kapitalanlagen ist im Jahr 2018 um 10,1 % auf 111,6 Mio. € angestiegen.

Die einzelnen Anlageklassen haben sehr unterschiedlich zum Ergebnis beigetragen: Die Erträge aus Namenspapieren (Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) stiegen um 16 T€ auf 1.683 T€. Die Erträge aus sonstigen festverzinslichen Wertpapieren sanken dagegen um 63 T€ auf 1.103 T€. Die Ausschüttungen aus den Aktienindexfonds stiegen um 5 T€ auf 137 T€. Aus Renten- und Mischfonds flossen der Zusatzversorgungskasse Erträge in Höhe von 108 T€ zu (Vorjahr 117 T€). Mit dem Verkauf von Aktienfondsanteilen konnte ein Kursgewinn von 175 T€ (Vorjahr 148 T€) erzielt werden.

In Summe lagen die Erträge aus Kapitalanlagen insgesamt bei 3.224 T€ (Vorjahr 3.248 T€). Nach Abzug der darauf anzurechnenden Verwaltungsaufwendungen beträgt die Nettoverzinsung aller Kapitalanlagen 2,90 % nach 3,15 % im Vorjahr.

Innerhalb der Aufwendungen sind die Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen die mit Abstand größte Position. Diese umfasste im Geschäftsjahr 2018 5.082 T€ (Vorjahr 4.606 T€) und betrifft die Zuführung zur Deckungsrückstellung. Sie enthält die zukünftigen Verpflichtungen auf Beihilfezahlungen abzüglich der Barwerte der zukünftig erwarteten Beitragszahlungen, die vom Verantwortlichen Aktuar der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG ermittelt werden.

In der Zuführung ist ein Betrag in Höhe von 750 T€ enthalten, der für zukünftige Senkungen des Rechnungszinses pauschal reserviert wurde. Dieser Betrag wurde aus den Erträgen des Geschäftsjahres 2018 finanziert.

Der verbleibende Jahresgewinn in Höhe von 287 T€ wurde der Verlustrücklage zugeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage der Zusatzversorgungskasse stellt sich anhand eines Auszuges aus der Bilanz wie folgt dar:

	31.12.2017 in €	31.12.2018 in €	Veränderung in € in %	
Aktiva				
Wertpapiere	100.858.202,89	111.064.297,58	10.206.094,69	10,1
Guthaben bei Kreditinstituten	7.054.705,35	4.568.773,81	-2.485.931,54	-35,2
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.604.105,45	1.539.885,64	-64.219,81	-4,0
Sonstige Aktiva	1.747.166,20	925.704,77	-821.461,43	-47,0
Summe Aktiva	111.264.179,89	118.098.661,80	6.834.481,91	6,1
Passiva				
Eigenkapital	3.764.804,30	4.051.468,59	286.664,29	7,6
Versicherungstechnische Rückstellungen	100.716.473,41	105.798.598,41	5.082.125,00	5,0
Sonstige Passiva	6.782.902,18	8.248.594,80	1.465.692,62	21,6
Summe Passiva	111.264.179,89	118.098.661,80	6.834.481,91	6,1

Die Summe aller Kapitalanlagen sowie der laufenden Guthaben erhöhte sich um 7,7 Mio. € auf 115,6 Mio. €.

Der Bestand der festverzinslichen Inhaberpapiere stieg um 2,5 Mio. € auf 41,2 Mio. €. Darin enthalten sind 4,3 Mio. € festverzinsliche Inhaberpapiere mit kürzeren Laufzeiten und geringeren Renditen, die als Liquiditätsersatz außerhalb des Sicherungsvermögens gehalten werden. Einige attraktive Anlagemöglichkeiten ergaben sich im Bereich der Namenspapiere, sodass der Bestand der langfristig angelegten Namenspapiere um 2 Mio. € auf 53 Mio. € ausgebaut werden konnte. Insgesamt entfallen zum Bilanzstichtag 80,6 % der Kapitalanlagen auf festverzinsliche Wertpapiere (Vorjahr 88,5 %). Darunter befinden sich auch Nachranganleihen in Höhe von 12,2 Mio. € von Emittenten guter Bonität.

Der Bestand der Investmentfonds auf Aktienindizes wurde im Jahr 2018 um 3,2 Mio. € auf 6,8 Mio. € aufgestockt. Der Anteil am Kapitalanlagebestand beträgt nun 6,1 % nach 3,6 % im Vorjahr. Der Bestand der Rentenfonds

stieg um 380 T€ auf 1,6 Mio. € und erhöhte sich somit von 1,2 % auf 1,4 % des Kapitalanlagebestandes. Das Volumen der Mischfonds, die regelgebunden und mit breiter Streuung in verschiedene Anlageklassen (z.B. festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Geldmarkt) investieren, wurde um 468 T€ aufgestockt. Der Bestand erreichte 6,7 Mio. €. Der Anteil am gesamten Kapitalanlagebestand reduzierte sich aber leicht von 6,2 % auf 6,0 %.

Im Jahr 2018 hat sich die Zusatzversorgungskasse an einem weiteren Immobilienfonds beteiligt. Zusammen mit bereits im Jahr 2017 getroffenen Anlageentscheidungen hat die Zusatzversorgungskasse damit Kapitalzusagen von jeweils 3,0 Mio. € in zwei Immobilienfonds und von 3,0 Mio. € in eine Beteiligung an einem Infrastrukturfonds getroffen. Die Kapitalabrufe erfolgen sukzessive, wenn entsprechende Projekte durch den jeweiligen Fonds realisiert werden. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 sind in die beiden Immobilienfonds 1,4 Mio. € und in den Infrastrukturfonds 261 T€ investiert. Dies entspricht einem Anteil

an den Kapitalanlagen von 1,3 % bzw. 0,2 %.

Die Bewertungsreserven des Buchwertbestandes der gesamten Kapitalanlagen betragen 3.547 T€ (Vorjahr 7.771 T€). Die Reduzierung ist zu einem großen Teil auf die zum Jahresende stark gesunkenen Aktienkurse zurückzuführen, die dazu führten, dass die Aktien- sowie die Mischfonds zum Bilanzstichtag stille Lasten auswiesen. Da die Wertminderung nicht als dauerhaft anzusehen ist, war eine Abschreibung auf den am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Zeitwert nicht erforderlich.

Der Ist-Wert des Sicherungsvermögens beträgt am 31. Dezember 2018 107,3 Mio. €. Es übersteigt die durch Kapitalanlagen zu bedeckenden versicherungstechnischen Rückstellungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern um 8,0 % (Vorjahr 9,0 %).

Die Deckungsrückstellung ist um 5.082 T€ auf 98.683 T€ angestiegen.

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG umfasst nach der Zuführung von 287 T€ nunmehr 4.051 T€. Die Quote der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung, die satzungsgemäß mindestens 5,0 % betragen soll, stieg von 4,0 % auf 4,1 %.

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen werden von der Zusatzversorgungskasse übererfüllt. Die Soll-Solvabilität ist durch Eigenmittel der Zusatzversorgungskasse in Höhe von 174,8 % gedeckt.

Insgesamt ist die Vermögenslage der Zusatzversorgungskasse als unverändert solide zu bezeichnen.

1.4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Beschäftigungslage im Gerüstbauer-Handwerk hat sich im Zeitraum von 2010 bis einschließlich des Jahres 2018 positiv entwickelt. Die Auftragslage ist anhaltend gut, die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, Fachkräfte zu finden.

Die Nachfrage im Gerüstbau ist unverändert

positiv zu beurteilen: Im Neubau und in der Gebäudesanierung ist die Auftragslage nach wie vor gut, wenngleich regionale Unterschiede bestehen. In den Ballungsräumen mit intensivem Neubau ist die Nachfrage höher als in ländlichen Bereichen. Im Industrieerüstbau ist die Auftragslage kritischer zu beurteilen; der Wettbewerb ist nach wie vor intensiv.

Insgesamt ist im Jahr 2019 im Gerüstbauer-Handwerk eine positive Umsatzentwicklung zu erwarten. Bei der Beschäftigungsentwicklung wird eine Stabilisierung auf dem bestehenden hohen Beschäftigungsniveau angenommen.

Der Vorstand erwartet daher für das Geschäftsjahr 2019 ein moderates Beitragswachstum, das insbesondere aus Lohnanpassungen der Tariflöhne und des Mindestlohnes resultiert.

Bei den Kapitalanlagen ist wie in den Vorjahren ein Zuwachs zu erwarten, da die Einzahlungen von Beitragseinnahmen und von Erträgen aus Kapitalanlagen die Mittelabflüsse durch Leistungen bzw. Betriebsaufwendungen übertreffen. Diese Finanzmittel sowie die frei werdenden Beträge aus Endfälligkeiten in Höhe von ca. 6,8 Mio. € sind neu in Kapitalanlagen zu investieren. Dadurch wird das zinstragende Kapitalanlagevolumen steigen, gleichzeitig wird die relative Verzinsung des Bestandes durch den nach wie vor niedrigeren Zins der Neuanlagen weiterhin sinken. Die Beimischung von ausschüttenden Fonds wird die rückläufigen Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren nur teilweise kompensieren können. Insgesamt ist mit Kapitalanlageerträgen zu rechnen, die leicht unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2018 liegen.

Die Zusatzversorgungskasse plant, die im Geschäftsjahr 2018 eingeschlagene Kapitalanlagestrategie weiter umzusetzen. Dies bedeutet, dass die Kapitalanlagen durch Investitionen innerhalb der vorgegebenen Anlagegrenzen und -quoten weiter diversifiziert werden. Dies erfordert höhere Anforderungen an das Risikomanagement, was in regelmäßigen Risikoberichten dokumentiert wird.

Der Bestand der Beihilfeempfänger wird voraussichtlich wie in den Vorjahren leicht anwachsen. Der Vorstand prognostiziert daher

geringfügig höhere Aufwendungen für Versicherungsfälle.

Bei den Verwaltungskosten ist aufgrund von Lohnanpassungen und von steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen von einem moderaten Anstieg auszugehen.

Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet der Vorstand auf der Grundlage eines konstanten Beschäftigungsvolumens und ansteigender Bruttolohnsummen einen gegenüber dem Jahr 2018 leicht höheren Rohüberschuss. Sofern möglich, soll dieser zum überwiegenden Teil für weitere Absenkungen des Rechnungszinses pauschal reserviert und der Deckungsrückstellung zugeführt werden.

Darüber hinaus soll die Verlustrücklage gestärkt werden.

Den Risiken, denen die Zusatzversorgungskasse im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes ausgesetzt ist, wird in angemessener Weise begegnet. Das dazu verwendete Modell des Risikomanagements ist in enger Anlehnung an die MaRisk (VA) entwickelt worden und bildet den gesamten Risikokontrollprozess in Form von Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung der bestehenden Risiken systematisch ab und bewertet sie periodisch.

Zur Deckung von Risiken wird kalkulatorisches Risikokapital zur Verfügung gestellt, um die Risikotragfähigkeit im Falle der Realisierung von Risiken sicherzustellen.

Das Kapitalanlageisiko wird dabei wesentlich von den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu den zulässigen Kapitalanlagearten sowie deren Mischung und Streuung begrenzt. Diese werden ergänzt durch die interne Kapitalanlagerichtlinie, die gegenüber den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen weitere Präzisierungen und Einschränkungen vorsieht.

Die Ausfallrisiken auf der Kapitalanlageseite werden durch Investition in Kapitalanlagearten mit besonderer Besicherung, öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen oder Wertpapieren beschränkt, die den deutschen Einlagensicherungssystemen unterliegen. Ungesicherte Wertpapiere können weiter nur von Emittenten mit hoher Bonität gekauft werden. Die Zusatzversorgungskasse investiert im Rahmen

der Direktanlage nur in Titel mit einem Investment Grade-Rating oder vergleichbaren Sicherheiten. Darüber hinaus gibt es aus der internen Kapitalanlagerichtlinie weitere Beschränkungen hinsichtlich des maximalen Volumens je Emittent. Investitionen in risikoreichere Anlagen werden nur über Fondslösungen umgesetzt, die entsprechende Streuung innerhalb der Anlagen beinhalten.

Das Zinsänderungsrisiko besteht in der nachhaltigen Reduzierung der Verzinsung des Kapitalanlagebestandes, die eine Erwirtschaftung des Rechnungszinses erschwert oder gefährdet. Diesem wird besonders durch eine breite Laufzeitenstreuung begegnet. Gleichzeitig verfolgt die Zusatzversorgungskasse das Ziel, den Rechnungszins zu senken, um diesen an die veränderte Kapitalmarktlage anzupassen.

Aktienkursrisiken ergeben sich durch die gehaltenen Aktienfonds. Diese steigen mit Erhöhung der Investitionen in Aktien- sowie in Mischfonds, die ebenfalls zu einem signifikanten Anteil in Aktien investieren, an. Das daraus entstehende Risiko wird durch eine explizite Begrenzung der Anteile an der gesamten Kapitalanlage beschränkt. Darüber hinaus ist das Risiko von Kursschwankungen einzelner Titel durch den Erwerb von Fonds, die sich auf breit gestreute Indizes beziehen, reduziert. Die Wertentwicklung der Fonds wird laufend beobachtet.

Das versicherungstechnische Risiko besteht für die Zusatzversorgungskasse im Wesentlichen in der Veränderung der kalkulatorischen Grundlagen für die Ermittlung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Diesen wird dadurch begegnet, dass der Verantwortliche Aktuar der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG die tatsächlichen Gegebenheiten mit denen abgleicht, die dem Technischen Geschäftsplan zugrunde liegen.

Hier konnten zum 31. Dezember 2018 keine wesentlichen Veränderungen festgestellt werden.

Zufallsrisiken in Form hoher Anzahlen von Versicherungsfällen oder hoher Ausfallsummen sind aufgrund der Struktur der Leistungen, besonders den niedrigen absoluten Beihilfehöhen, nur von untergeordneter Bedeutung.

Liquiditätsrisiken bestehen daher auch nur in unerheblichem Maße, da unvorhergesehene Zahlungen nur in geringen Höhen im Bereich der Leistungsaufwendungen auftreten könnten.

Die Verwaltungsaufwendungen sind ebenfalls wenig schwankend. Dem gegenüber stehen relativ gut planbare Zuflüsse an Zahlungsmitteln in Form von Beitragseinnahmen und Kapitalanlageerträgen. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit kann durch eine entsprechende Planung sichergestellt werden.

Den operationalen Risiken wird durch organisatorische Maßnahmen ausreichend Rechnung getragen.

Veränderungen der für den Geschäftsbetrieb der Zusatzversorgungskasse relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen werden laufend beobachtet.

Die vorhandenen Rücklagen in Verbindung mit dem eingerichteten internen Kontroll- und Steuerungssystem rechtfertigen weiterhin die Übernahme kalkulierter Risiken.



Eugen Nachbauer Gerüstbau GmbH & Co. KG: Wasserturm Edigheim, Ludwigshafen

2. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2018 der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

Aktiva	31.12.2017			31.12.2018		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		74,00			0,00	
II. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>33.020,00</u>			<u>35.321,00</u>	
			33.094,00			35.321,00
B. Kapitalanlagen						
I. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		11.150.675,64			16.844.248,38	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		38.707.027,25			41.219.549,20	
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	21.000.000,00			23.000.000,00		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>30.000.500,00</u>	51.000.500,00		<u>30.000.500,00</u>	53.000.500,00	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>500.000,00</u>			<u>500.000,00</u>	
			101.358.202,89			111.564.297,58
C. Forderungen						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Mitglieds- und Trägerunternehmen		1.701.633,01			876.351,49	
II. Sonstige Forderungen		<u>0,00</u>			<u>7.891,15</u>	
			1.701.633,01			884.242,64
D. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte		11.973,00			5.161,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>6.554.705,35</u>			<u>4.068.773,81</u>	
			6.566.678,35			4.073.934,81
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.604.105,45			1.539.885,64	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>466,19</u>			<u>980,13</u>	
			1.604.571,64			1.540.865,77
Summe der Aktiva			111.264.179,89			118.098.661,80

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Wiesbaden, 15. März 2019

Treuhänder: Ronald Battenhausen

Passiva	31.12.2017			31.12.2018		
	in €	in €	in €	in €	in €	in €
A. Eigenkapital						
I. Gewinnrücklagen						
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			3.764.804,30			4.051.468,59
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Deckungsrückstellung	93.601.188,00			98.682.813,00		
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	114.500,00			115.000,00		
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	3.297.927,80			3.297.927,80		
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	<u>3.702.857,61</u>			<u>3.702.857,61</u>		
		100.716.473,41			105.798.598,41	
C. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.310.231,00			1.481.105,00		
II. Sonstige Rückstellungen	<u>5.449.549,64</u>			<u>6.736.242,67</u>		
		6.759.780,64			8.217.347,67	
D. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern	2.426,83			0,00		
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>20.694,71</u>			<u>31.247,13</u>		
		23.121,54			31.247,13	
Summe der Passiva			111.264.179,89			118.098.661,80

Ich bestätige gemäß § 141 VAG, dass die Deckungsrückstellung zum Stichtag 31. Dezember 2018 nach dem zuletzt am 7. Dezember 2006 genehmigten Technischen Geschäftsplan (VA 51-VU 2242-2006/4) i. V. m. den Ergänzungen vom März 2010 (genehmigt am 19. April 2010: VA 11-I-5500-2242-2010/0002), vom März 2014 (genehmigt am 28. Mai 2014: VA 11-I 5500-2242-2014/0001), vom März 2015 (genehmigt am 13. April 2015: VA 16-I 5500-2242-2015/0001), vom März 2016 (genehmigt am 30. Mai 2016: VA 16-I 5500-2242-2016/0001), vom November 2016 (genehmigt am 14. Dezember 2016: VA 16-I 5500-2242-2016/0002), vom März 2017 (genehmigt am 11. April 2017: VA 16-I 5500-2242-2017/0001), vom Februar 2018 (genehmigt am 6. April 2018: VA 16-I 5500-2242-2018/0001), der Austauschseite vom 14. September 2018 zum Technischen Geschäftsplan vom März 2016 (genehmigt am 1. Oktober 2018: VA 16-I 5500-2242-2018/0002) sowie der Ergänzung vom März 2019 (vorbehaltlich der zu erwartenden Genehmigung durch die BaFin) berechnet worden ist.

Ober-Olm, 13. März 2019

Verantwortlicher Aktuar: Johannes Nattermann

3. Gewinn- und Verlustrechnung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018

		2017	2018
	in €	in €	in €
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
Gebuchte Beiträge		4.668.927,83	4.900.957,33
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.100.213,87		3.049.062,11
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>147.852,22</u>		<u>174.824,79</u>
		3.248.066,09	3.223.886,90
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		1.384,54	1.682,06
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	2.062.717,85		2.147.750,79
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>0,00</u>		<u>500,00</u>
		2.062.717,85	2.148.250,79
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		4.605.670,00	5.081.625,00
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
Verwaltungsaufwendungen		176.581,80	179.987,99
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		128.931,22	134.599,15
8. Versicherungstechnisches Ergebnis		944.477,59	582.063,36

	2017	2018
in €	in €	in €
Übertrag	944.477,59	582.063,36
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge 49.055,13		4.116,13
2. Sonstige Aufwendungen davon aus der Aufzinsung 139.207,00 € (Vorjahr: 104.900,00 €)	246.863,11	299.515,20
	197.807,98	295.399,07
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	746.669,61	286.664,29
4. Jahresüberschuss	746.669,61	286.664,29
5. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	746.669,61	286.664,29
6. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00



Gemeinhardt Gerüstbau Service GmbH: Talsperre Lehmühle, Sachsen

4. Anhang

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften der §§ 341 ff. HGB, den besonderen Vorschriften des VAG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Formblattvorschriften für Versicherungsunternehmen gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögens-, Schuld- und Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (Software) sowie die **Sachanlagen** (Betriebs- und Geschäftsausstattung) sind mit ihren Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für geringwertige Vermögensgegenstände wird § 6 Abs. 2a EStG analog angewandt. Die selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände (EDV-Programme) sind zu Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bilanziert.

Die **Beteiligungen** an den Infrastrukturfonds, die **Investmentanteile** und die **Inhaberschuldverschreibungen** wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Es wurde das Wahlrecht nach § 341b Abs. 2 HGB in Anspruch genommen, sodass die Bewertung zum 31. Dezember 2018 zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips erfolgte. Wertminderungen erfolgen nur bei nachhaltiger Bonitätsverschlechterung der Emittenten.

Namensschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB zum Nennwert bewertet.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Agien werden über die Laufzeit von Wertpapieren verteilt.

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen werden anhand der von den Verwahrstellen zum 31. Dezember ermittelten Rücknahmekurse ermittelt. Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert zum Bilanzstichtag angesetzt. Bei Sonstigen Ausleihungen, für die kein täglicher Rücknahmepreis feststellbar ist, berechneten die depotführenden Kreditinstitute mittels fristenkongruenter Zinsstrukturkurven die Zeitwerte zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten.

Laufende Guthaben sowie Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennwert bewertet; dem Risiko des Forderungsausfalls wurde durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Der Zeitwert entspricht dem Nennwert.

Kapitalanlagen in Fremdwährung sowie Währungsumrechnungen wurden nicht getätigt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde zum 31. Dezember 2018 gemäß § 336 in Verbindung mit § 233 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 VAG nach dem Technischen Geschäftsplan vom 30. September 2004 sowie den Ergänzungen hierzu vom März 2010, März 2014, März 2015, März 2016, November 2016, März 2017, Februar 2018, der Austauschseite vom 14. September 2018 sowie der Ergänzung vom März 2019 berechnet. Der Berechnung liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten des Aktuariats Johannes Nattermann, Ober-Olm, vom 13. März 2019 zugrunde. Die Änderung des Technischen Geschäftsplanes vom März 2019 wurde der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 5. April 2019 eingereicht und von dieser mit Schreiben vom 17. April 2019 genehmigt. Die Rechnungsgrundlagen sind modifizierte Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, mit einem Rechnungszins von 2,85 %. Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch die **Rückstellung für Eintrittsverluste**.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** beinhaltet die per 31. Dezember 2018 noch nicht abgewickelten konkreten und ungewissen Versicherungsfälle, einschließlich Spätschäden, zuzüglich hierauf entfallender Regulierungsaufwendungen.

Der **Rückstellung für befristete Beihilfen und der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind satzungsgemäß Überschüsse aus früheren Geschäftsjahren zugewiesen worden. Die Rückstellung für befristete Beihilfen sichert die Finanzierung des befristet zugesagten Teiles der Beihilfen. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung kann nach Beschluss der Mitgliederversammlung nach Erreichen einer angemessenen Höhe zur Erhöhung der Leistungen, zur Senkung der Beiträge oder – unter bestimmten Bedingungen – zur Erhöhung der Deckungsrückstellung z.B. im Zusammenhang mit einer Verringerung des Rechnungszinses verwendet werden.

Für die Berechnung der **Pensionsrückstellung** wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verlag: Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln, berücksichtigt. Dabei wurde nach § 253 Abs. 2 S. 2 in Verbindung mit Abs. 6 HGB der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzins der letzten 10 Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 3,21 % p.a. verwendet.

Für die Dynamik der anrechenbaren Bezüge wurden 2 % angenommen und für die Anpassung laufender Renten 1 %.

Als Bewertungsmethode wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) verwendet.

Die in den **sonstigen Rückstellungen** enthaltene **Jubiläumsrückstellung** wurde auf Basis der zukünftigen, tarifvertraglich vereinbarten Jubiläumszuwendungen für alle Mitarbeiter der Zusatzversorgungskasse unter Verwendung eines Abzinsungssatzes von 2,32 % p.a. berechnet.

Die ebenfalls den sonstigen Rückstellungen zuzurechnende Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich, die Rückstellung für Arbeitnehmer aus dem Bundesland Berlin für etwaige Ansprüche aus Beitragsdifferenzen, die zurückgestellten Kosten für den Aktuar, die Abschlussprüferkosten sowie die Berufsgenossenschaftsbeiträge wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr.

Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr. Es liegt keine Besicherung durch Pfandrechte oder vergleichbare Rechte vor.

3. Angaben zur Bilanz

3.1 Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2018

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Kapitalanlagen entwickelten sich im Geschäftsjahr 2018 wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Aktivposten	Bilanzwert 31.12.2017 T€	Zu- gänge T€	Um- buchung T€	Ab- gänge T€	Abschrei- bungen T€	Bilanzwert 31.12.2018 T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	33	13	0	0	11	35
2. Summe	33	13	0	0	11	35
B. Kapitalanlagen						
I. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.151	6.416	0	723	0	16.844
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.707	6.391	0	3.879	0	41.219
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	21.000	2.000	0	0	0	23.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	30.001	1.000	0	1.000	0	30.001
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500	0	0	0	0	500
5. Summe	101.359	15.807	0	5.602	0	111.564
Gesamt	101.392	15.820	0	5.602	11	111.599

3.2 Zeitwert der Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhalten im Vorjahresvergleich folgende stille Reserven und stille Lasten:

a) Zum 31. Dezember 2018

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile ¹	16.844.248,38	15.532.578,89	0,00	-1.311.669,49
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²	41.219.549,20	44.323.194,80	3.177.915,76	-74.270,16
Namensschuldverschreibungen ³	23.000.000,00	22.842.400,00	785.200,00	-942.800,00
Schuldscheindarlehen ³	30.000.500,00	31.913.300,00	2.003.400,00	-90.600,00
Gesamt	111.064.297,58	114.611.473,69	5.966.515,76	-2.419.339,65

b) Zum 31. Dezember 2017

	Buchwert in €	Zeitwert in €	Stille Reserven in €	Stille Lasten in €
Investmentanteile ¹	11.150.675,64	11.613.118,30	556.695,66	-94.253,00
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ²	38.707.027,25	42.929.515,00	4.222.487,75	0,00
Namensschuldverschreibungen ³	21.000.000,00	21.760.050,00	1.142.050,00	-382.000,00
Schuldscheindarlehen ³	30.000.500,00	32.326.300,00	2.493.450,00	-167.650,00
Gesamt	100.858.202,89	108.628.983,30	8.414.683,41	-643.903,00

¹ Als Zeitwert der Investmentanteile wurde der Nettoinventarwert (NAV) zum Stichtag angesetzt.

² Der Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde anhand der Börsenkurswerte zum Bilanzstichtag ermittelt.

³ Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen zum Bilanzstichtag wurden von den depotführenden Kreditinstituten mittels Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung der Bonität des Emittenten als Barwert ermittelt.

Der Buchwert der Investmentanteile mit stillen Lasten liegt bei 16.844.248,38 €, der Zeitwert bei 15.532.578,89 €. Es handelt sich dabei um im Bestand befindliche Aktien-, Renten- und Mischfonds sowie Anteile an Spezialfonds im Bereich Immobilien und Infrastruktur. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 ist unterblieben, da die Anteile dem Anlagevermögen zugeordnet sind und die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Die Unterschreitung der Anschaffungskosten ist auf marktbedingte Schwankungen zurückzuführen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere haben stille Lasten in Höhe von 74.270,16 €.

Stille Lasten tragende Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen haben einen Buchwert von 13.000.000,00 € und einen Zeitwert von 11.966.600,00 €. Bei diesen Namenspapieren sind die stillen Lasten auf Marktzinsänderungen sowie auf die teilweise hohen Liquiditätsabschläge zurückzuführen, die von den depotführenden Banken bei der Zeitwertermittlung angesetzt werden.

Insgesamt liegt bei den festverzinslichen Wertpapieren keine erhebliche Bonitätsverschlechterung der Emittenten vor, die zu einer dauernden Wertminderung führt. Es gibt keinerlei Anzeichen einer Gefährdung der Rückzahlung des Nennbetrages zum jeweiligen Laufzeitende. Abschreibungen der Kapitalanlagen waren insoweit nicht angezeigt.

3.3 Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieds- und Trägerunternehmen

Beim Betrag von 876.351,49 € handelt es sich um Beitragsforderungen aufgrund von Brutto-lohnsummen- und Beitragsmeldungen der Betriebe.

3.4 Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Laufende Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.068.430,22 €, einen Kassenbestand von 343,59 € sowie Sachanlagen in Höhe von 5.161,00 €.

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

a) Anlagegitter

Anlageklasse	Buchwert 31.12.2017 in €	Buchwert 31.12.2018 in €
Sachanlagen	6.674,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.363,00	3.194,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	2.936,00	1.967,00
Gesamt	11.973,00	5.161,00

b) Anschaffungs- und Herstellungskosten

Anlagekategorie	Anfangsbestand 01.01.2018 in €	Zugänge in €	Abgänge in €	Um- buchungen in €	Endbestand 31.12.2018 in €
Sachanlagen	40.049,00	0,00	0,00	0,00	40.049,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.949,79	1.285,13	0,00	0,00	4.234,92
Geringwertige Wirtschaftsgüter	4.833,20	0,00	0,00	0,00	4.833,20
Gesamt	47.831,99	1.285,13	0,00	0,00	49.117,12

c) kumulierte Abschreibungen

Anlagekategorie	kumulierte Ab- schreibungen zum 01.01.2018 in €	davon auf Zugänge in €	davon auf Abgänge in €	davon auf Bestand in €	kumulierte Ab- schreibungen zum 31.12.2018 in €
Sachanlagen	33.375,00	0,00	0,00	6.674,00	40.049,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	586,79	161,13	0,00	293,00	1.040,92
Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.897,20	0,00	0,00	969,00	2.866,20
Gesamt	35.858,99	161,13	0,00	7.936,00	43.956,12

3.5 Rechnungsabgrenzungsposten

	Bilanzwert 31.12.2017 in €	Bilanzwert 31.12.2018 in €
Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1.604.105,45	1.539.885,64
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	466,19	980,13
Gesamt	1.604.571,64	1.540.865,77

Abgegrenzte Zinsen und Mieten sind anteilige Zinserträge aus den Kapitalanlagen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fällig waren.

3.6 Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus der satzungsgemäßen Verlustrücklage gemäß § 193 VAG.

	Verlustrücklage gemäß § 193 VAG in €
Bestand 31.12.2017	3.764.804,30
- Zuführung aus Jahresüberschuss 2018	286.664,29
Bestand 31.12.2018	4.051.468,59

Die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG beträgt 4,11 % (im Vorjahr 4,02 %) der Deckungsrückstellung in Höhe von 98.682.813,00 €.

3.7 Versicherungstechnische Rückstellungen

Es wurden keine Versicherungsgeschäfte in Rückdeckung gegeben.

	Deckungs- rückstellung ¹	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungs- fälle ²	Rückstellung für erfolgs- abhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrück- erstattung ³	Sonstige versicherungs- technische Rückstellung = Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen ⁴
	in €	in €	in €	in €
Rückstellungen 31.12.2017	93.601.188,00	114.500,00	3.297.927,80	3.702.857,61
Abzüglich Verbrauch (Verminderungen) im GJ	0,00	114.500,00	0,00	0,00
Abzüglich Auflösung	0,00	0,00	0,00	0,00
Zwischensumme	93.601.188,00	0,00	3.297.927,80	3.702.857,61
Zuführungen (Erhöhungen) im GJ	5.081.625,00	115.000,00	0,00	0,00
Rückstellungen 31.12.2018	98.682.813,00	115.000,00	3.297.927,80	3.702.857,61

- 1 Die Deckungsrückstellung enthält die Rückstellung für Eintrittsverluste in Höhe von 4.976.690,00 € (im Vorjahr 4.396.271,00 €).
- 2 Davon Rückstellung für Schadenregulierungskosten in Höhe von 12.500,00 € (im Vorjahr 12.000,00 €).
- 3 Sobald die Rückstellung einen Betrag erreicht hat, der eine angemessene Erhöhung oder Ergänzung der Beihilfe oder eine Ermäßigung der Beiträge rechtfertigen würde, hat die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG auf Vorschlag des Vorstandes, nach Anhörung des Sachverständigen, über Zeitpunkt und Art der Verwendung zu entscheiden. Der Beschluss bedarf der Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde.
- 4 Die Rückstellung für befristet zugesagte Beihilfen deckt den Teil der Leistungen, der laut den Allgemeinen Versicherungsbedingungen bis zum 31. Dezember 2019 zugesagt ist.

3.8 Andere Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

3.8.1 Pensionsrückstellung

	Bilanzwert 31.12.2017 in €	Bilanzwert 31.12.2018 in €
Pensionsrückstellung	1.310.231,00	1.481.105,00



Gerüstbau Meisterbetrieb Kolb GmbH: Neubaugebiet Griesheim, Hessen

3.8.2 Sonstige Rückstellungen

	Bilanzwert 31.12.2017 in €	Verbrauch in €	Auflösung in €	Zuführung in €	Bilanzwert 31.12.2018 in €
Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich	5.033.162,74	0,00	306.098,94	1.587.955,94	6.315.019,74
Rückstellung Arbeitnehmer Berlin	362.134,87	0,00	0,00	0,00	362.134,87
Versicherungsmathematische Gutachten	30.000,00	28.048,30	1.951,70	35.000,00	35.000,00
Jahresabschlussprüferkosten	22.000,00	22.000,00	0,00	22.000,00	22.000,00
Jubiläumsrückstellungen	1.852,03	163,97	0,00	0,00	1.688,06
Berufsgenossenschaftsbeiträge	400,00	400,00	0,00	400,00	400,00
Gesamt	5.449.549,64	50.612,27	308.050,64	1.645.355,94	6.736.242,67

Die Erhöhung der sonstigen Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg der Rückstellung für satzungsgemäßen Beitragsausgleich. Hier wird der sich zwischen den tatsächlich vereinnahmten Erhebungsbeträgen und den versicherungstechnischen Beiträgen ergebende Unterschiedsbetrag entnommen bzw. zugeführt.

3.8.3 Verbindlichkeiten

	Bilanzwert 31.12.2017 in €	Bilanzwert 31.12.2018 in €
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2.426,83	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	20.694,71	31.247,13
Davon Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	23.121,54	31.247,13

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um offene Rechnungen (25.329,72 €), fällige Bankgebühren (5.317,36 €) und Verbindlichkeiten gegenüber der Sozialkasse (600,05 €).



Gerhard Busch Gerüstbau GmbH: Arbeitsgerüst Frohbotschaftskirche, Hamburg

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Verdiente Beiträge

Bei den vereinnahmten Beiträgen handelt es sich um laufende Beiträge aus Einzelversicherungen in Höhe von 0,8 % der Bruttolohnsummen von gewerblichen Arbeitnehmern und von 11,00 € für jeden kaufmännischen sowie technischen Angestellten. Diese Beiträge werden gemäß Dienstleistungsvertrag von der Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes, Wiesbaden, eingezogen und an die Zusatzversorgungskasse weitergeleitet.

	2017 in €	2018 in €
Laufende Beiträge	4.668.927,83	4.900.957,33

4.2 Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24.179,19 € auf 3.223.886,90 € reduziert.

	2017 in €	2018 in €
Investmentanteile	249.852,90	245.500,89
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.165.619,07	1.102.913,49
Namensschuldverschreibungen	639.294,23	658.909,85
Schuldscheindarlehen	1.027.297,39	1.023.889,27
Termingelder	18.150,28	17.848,61
Gewinn aus dem Abgang von Kapitalanlagen	147.852,22	174.824,79
Erträge aus Kapitalanlagen	3.248.066,09	3.223.886,90

4.3 Sonstige versicherungstechnische Erträge

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen in Höhe von 1.682,06 € handelt es sich um Verzugszinsen aus offenen Beitragszahlungen für die Berliner Abrechnungsverbände.

4.4 Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind um 85.532,94 € auf 2.148.250,79 € gestiegen. Der Unterposten 4 b) entspricht unter Anpassung des Vorjahreswertes der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

4.5 Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

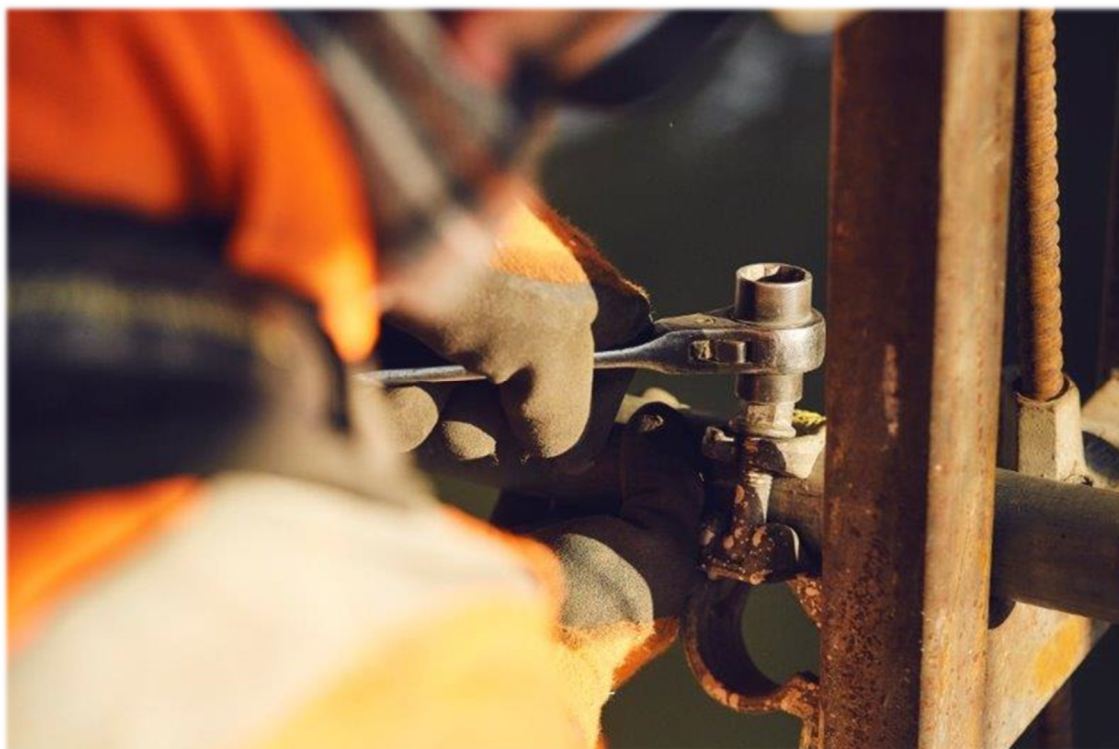
Der Deckungsrückstellung wurde auf Basis der Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG 5.081.625,00 € zugeführt. In diesem Betrag ist eine pauschale Reservierung für zukünftige Rechnungszinssenkungen in Höhe von 750.000,00 € enthalten.

4.6 Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses

Für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018 wurde eine Rückstellung von 22.000,00 € gebildet.

4.7 Personalaufwendungen

	2017 in €	2018 in €
Löhne und Gehälter	237.659,87	249.352,88
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	104.771,57	106.716,85
Aufwendungen für Altersversorgung	1.906,75	33.658,23
Aufwendungen insgesamt	344.338,19	389.727,96



Gemeinhardt Gerüstbau Service GmbH: Burgbrücke, Halle

5. Anzahl der Beschäftigten

Während des Geschäftsjahres 2018 waren zwei Vorstandsmitglieder sowie vier Beschäftigte angestellt, deren Mitarbeiterkapazität zusammengerechnet 2,4 Vollzeitkräften entspricht.

6. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es liegen zum Bilanzstichtag keine im Jahresabschluss angabepflichtigen Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus den Dienst- und Arbeitsverträgen sowie dem bis zum 31. Dezember 2020 laufenden Mietvertrag für die Geschäftsräume der Zusatzversorgungskasse in 65189 Wiesbaden, Mainzer Straße 98-102, in Höhe von 174,0 T€.

Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen aus der Zeichnung von zwei Immobilienfonds und der Beteiligung an einem Infrastrukturfonds. Hier wurde jeweils die Zusage eines Investments in Höhe von 3,0 Mio. € getroffen, insgesamt im Umfang von 9,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag wurden 1,7 Mio. € bereits abgerufen.

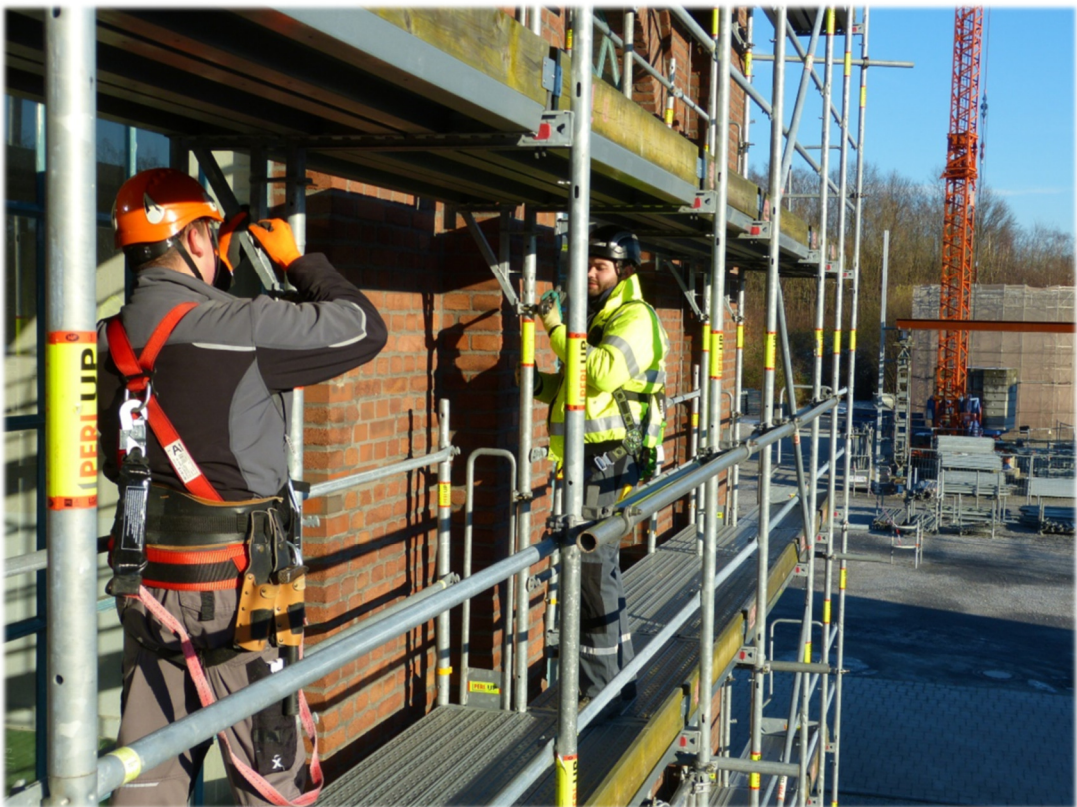
Das Gesamtvolumen der genannten Verpflichtungen beträgt 7,5 Mio. €.

7. Erklärung des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, ist mit keinem anderen Unternehmen verbunden.

8. Vorschlag Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 287 T€ wurde der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG zugeführt. Ein Bilanzgewinn wurde nicht erzielt.



Handwerkskammer Dortmund: Bildungszentrum Zeche Hanseemann, Dortmund-Mengede

5. Erklärung des Vorstandes

Der Jahresabschluss 2018, bestehend aus

- Jahresbilanz,
- Gewinn- und Verlustrechnung,
- Anhang

und der

- Lagebericht 2018

wurden vom Vorstand aufgestellt.

Wiesbaden, den 16. April 2019

Rainer Blackert Dr. Stefan Häusele

- Der Vorstand -
Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG



Handwerkskammer Berlin: Bildungs- und Innovationszentrum (BIZWA), Bernau

6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang

mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunfts-

orientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 30. April 2019

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Holger Höhndorf)
Wirtschaftsprüfer

(Petra Hoppe)
Wirtschaftsprüferin

7. Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG, Mainzer Straße 98-102, 65189 Wiesbaden, an die Mitgliederversammlung der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG am 19. Juni 2019 gem. § 172 Satz 2 Aktiengesetz über den Jahresabschluss 2018

Der Aufsichtsrat wurde während des Geschäftsjahres 2018 durch den Vorstand in mündlichen und schriftlichen Berichten über die wesentlichen Geschäftsvorgänge in der Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG umfassend informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht 2018 wurden von der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen.

Gegen den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2018 erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss und den Lagebericht 2018 zu genehmigen.

Wiesbaden, den 28. Mai 2019

Dietmar Schäfers
Vorsitzender
des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Frank Dostmann
Stv. Vorsitzender
des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA Antonius Allgaier
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Ing. Holger Budroweit
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Mehmet Korkmaz
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

RA'in Sabrina Luther
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Bodo Matthey
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

Dipl.-Ing. (FH) Marcus Nachbauer
Mitglied des Aufsichtsrates
der Zusatzversorgungskasse des
Gerüstbaugewerbes VVaG

8. Organe

8.1 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus je acht Delegierten der Mitglieder.



Jens Bädecker (ab 23.04.2018)
Bremen

Stefano Battaglia
(bis 23.04.2018 und ab 18.10.2018)
Fürth

Jörg Berger
(ab 11.06.2018 bis 17.10.2018)
Gelsenkirchen

Christopher Busch
Hamburg

Uwe Felsmann (bis 23.04.2018)
Neumarkt

Stefan Grund (bis 23.04.2018)
Erfurt

Robert Meyer (bis 23.04.2018)
Berlin

Andreas Pelmer (bis 11.06.2018)
Essen

Sandro Rende (bis 23.04.2018)
Saarwellingen

Sina Scheffler
Werder (Havel)

Peter Schüttler (ab 23.04.2018)
Nürnberg

Hermann Spanier (ab 23.04.2018)
Languich

Sandra Töpfer-Hühr (ab 23.04.2018)
Kemnitz

Ralf Wedekind (ab 23.04.2018)
Melle



Christian Beck (ab 09.04.2018)
Frankfurt am Main

Marc Elkan
Hamburg

Ottavio Greco
Waiblingen

Mehmet Korkmaz (bis 18.10.2018)
Krefeld

Thomas Kurtze
Frankfurt am Main

Giuseppe La Bella
Bobenheim-Roxheim

Umile Tiziano Salvo (ab 09.04.2018)
Garching

Jörg Sommer
Gelsenkirchen

Dieter Wasilewski (bis 09.04.2018)
Frankfurt am Main

Paul Zipp
(bis 09.04.2018 und ab 18.10.2018)
Dortmund

8.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören an:



Frank Dostmann

Stv. Vorsitzender (ab 26.06.2018)
Vorsitzender (bis 26.06.2018)
Geschäftsführer der Gerüstbau Dostmann GmbH, Mannheim
Vizepräsident Wirtschaft und Recht des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Wirtschaft, Recht und Ausbildung der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

Dipl.-Ing. Holger Budroweit

Geschäftsführer der Nietiedt Gerüstbau GmbH, Wilhelmshaven
Vizepräsident Technik des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Stv. Bundesinnungsmeister Technik der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

RA'in Sabrina Luther

Geschäftsführerin des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln

Dipl.-Betriebsw. (FH)

Marcus Nachbauer

Geschäftsführer der Eugen Nachbauer Gerüstbau GmbH & Co. KG, Ludwigshafen
Präsident des Bundesverbandes Gerüstbau e.V. und Bundesinnungsmeister der Bundesinnung für das Gerüstbauer-Handwerk K.d.ö.R., Köln



Dietmar Schäfers

Vorsitzender (ab 26.06.2018)
Stv. Vorsitzender (bis 26.06.2018)
Stv. Bundesvorsitzender
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

RA Antonius Allgaier

Fachreferent
Arbeits- und Sozialrechtspolitik
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

Martina Herold

Schriftführerin
der Bundesfachgruppe Gerüstbau
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main

Bodo Matthey

Regionalleiter Westfalen
der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Dortmund

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betrugen im Berichtsjahr 20.112,00 €.

8.3 Vorstand

Der Vorstand besteht aus:

Rainer Blackert

Vorstandsmitglied
Hattersheim

Buchhaltung/Bilanzierung, Versicherungstechnik, Kontakt zum Verantwortlichen Aktuar, Kapitalanlagemanagement, Meldewesen BaFin, Abwicklung mit dem Treuhänder, Risikomanagement und Vertragsgestaltung mit den Banken sowie Zahlungsverkehr

Dr. Stefan Häusele

Vorstandsmitglied
Wiesbaden

Beitragseinzug, Beihilfe/Leistung, allgemeine Verwaltung

Unter die gemeinsame Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder fallen Kapitalanlageentscheidungen sowie Personal- und EDV-Angelegenheiten.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge verzichtet.

8.4 Treuhänder

Als Treuhänder sind bestellt:

Ronald Battenhausen
Treuhänder
Hanau

Karl-Heinz Sahl
Stv. Treuhänder
Wiesbaden

8.5 Aktuar

Zum Aktuar ist bestellt:

Dipl.-Math. Johannes Nattermann
Verantwortlicher Aktuar
Ober-Olm



Gerhard Busch Gerüstbau GmbH: Arbeits- und Schutzgerüst mit Gründung in ein bis vier Meter Wassertiefe, Trostbrücke, Hamburg

Wir danken den Firmen und Institutionen

- Eugen Nachbauer Gerüstbau GmbH & Co. KG, Ludwigshafen
- Gemeinhardt Gerüstbau Service GmbH, Roßwein
- Gerhard Busch Gerüstbau GmbH, Hamburg
- Gerüstbau Meisterbetrieb Kolb GmbH, Rimbach
- Handwerkskammer Berlin, Berlin
- Handwerkskammer Dortmund, Dortmund
- Teupe & Söhne Gerüstbau GmbH, Stadtlohn

für die Bereitstellung und die freundliche Genehmigung zur Verwendung des Bildmaterials in diesem Geschäftsbericht.

Sozialkasse des Gerüstbaugewerbes
Zusatzversorgungskasse des Gerüstbaugewerbes VVaG
Mainzer Straße 98-102
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 7339-0
Telefax: 0611 7339-100
E-Mail: info@sokageruest.de
Website: www.sokageruest.de